

Punkt 10) Resolution "Keine Einsparungen des Landes auf Kosten der Kommunen tolerieren - NRW muss Städte und Gemeinden bei der Integration unterstützen"; hier: Antrag der Grüne-Fraktion vom 02.10.2019

Ratsmitglied Peter von Wilcken von der antragstellenden GRÜNE-Fraktion wirft die Frage auf, wie die Verwaltung mit der Resolution umgehen wird.

Bürgermeister Dr. Hans-Peter Schick nimmt kurz Stellung. Die Resolution wird danach nach Beschlussfassung durch den Rat an den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen weitergeleitet.

Gemäß Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales am 18. November 2019 wird sodann folgender Beschluss gefasst:

Der Rat beschließt die von der GRÜNE-Fraktion beantragte nachstehend aufgeführte Resolution:

- 1. Der Rat der Stadt Mechernich fordert die Landesregierung auf, die Mittel, die der Bund den Ländern zur Integration von Geflüchteten ab 2020 zur Verfügung stellt, an die Kommunen komplett weiterzuleiten.**
- 2. Die Landesregierung muss endlich die Ergebnisse des vom Land in Auftrag gegebenen und seit Oktober 2018 vorliegenden Gutachtens von Professor Lenk (Universität Leipzig) berücksichtigen und dementsprechend eine auskömmliche Anpassung der Pro-Kopf-Pauschale für Asylsuchende rückwirkend ab dem 01.01.2018 beschließen.**
- 3. Der Rat erwartet vom Land eine dauerhafte Übernahme der Kosten für Geduldete, die über die bisherige Zahlung einer Pauschale für drei Monate hinausgeht, zum Beispiel über eine Einbeziehung dieser Personengruppe in die Pro-Kopf-Pauschale nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG).**

Abstimmungsergebnis: einstimmig a n g e n o m m e n